

Er erscheint täglich früh 6 1/2 Uhr.
Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Zurücknahme der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.
Wann immer der für die nächstfolgende Nummer bestimmte Briefkasten an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Feiertagen früh bis 1/2 9 Uhr.
In den Briefen für Zus. Annahme: C. G. Schmidt, Universitätsstr. 22, C. G. Schmidt, Rathhausstr. 18, p. nur bis 1/2 3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16.000.
Abonnementspreis viertel 4/2 Rtl., incl. Beleglohn 5 Rtl., durch die Post bezogen 6 Rtl. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Beleglohn für Extrablätter ohne Postbeförderung 20 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf. Inserate 1/2 Rtl. Zeitungs 20 Pf. Mehrere Schriften laut unserem Preisverzeichnis — Labelartiger Satz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsdruck die Spalten 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung pro numerando oder durch Postvorschuß.

Nr. 226.

Donnerstag den 14. August 1879.

73. Jahrgang.

Bekanntmachung.

den Verlaß der Stimmberechtigung wegen Abgabensrückstände betreffend.
Nach Vorchrift der Reichs-Verordnungsung §. 44 unter g sind von der Stimmberechtigung bei den Wahlen alle diejenigen Bürger, welche die Abgabensrückstände von Staats- und Gemeindeforderungen, einschließlich der Abgaben zu Schul- und Armen-Cassen länger als zwei Jahre ganz oder theilweise im Rückstande gelassen haben, ausgeschlossen.
Unter Hinweis auf diese gesetzliche Bestimmung fordern wir daher aus Veranlassung der bevorstehenden Wahl zum Reichstagen die Abgabensrückstände, welche davon betroffen werden, zur ungekündeten Abführung ihrer Rückstände auf.
Leipzig, den 7. August 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdnlin. Rathsclerk.

Bekanntmachung.

Wegen Ausführung der Schleusenarbeiten in der Windmühlenstraße bleibt die Straße von der Turners- bis zur Hofstraße bis zum Bayerischen Platz vom Freitag, den 15. August, ab bis auf Weiteres für den Durchgangsverkehr gesperrt.
Leipzig, den 13. August 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdnlin. Baumgmann.

Bekanntmachung.

Die Universitäts-Bibliothek muß wegen Vornahme von Baulichkeiten Donnerstag, den 14. August, geschlossen bleiben.
Leipzig, den 12. August 1879.
Dr. Kriebel.

Bekanntmachung.

Die Einfassung der Fußwege der Reiger Straße zwischen der südlichen Grenze der Grünen Wände und der südlichen Mauer der verlängerten Albertstraße mit Granitsteinen soll an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rathhaus, 2. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Besagliche Offerten sind verhehelt und mit der Aufschrift
„Granitsteinen für die Reiger Straße“
versehen ebendasselbst und zwar
bis zum 20. August dieses Jahres, Nachmittags 5 Uhr.
Leipzig, den 26. Juli 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdnlin. Baumgmann.

Gutverpachtung.

Die Colonie des der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Wittgutes Lande mit 243 Acker 10 □ R. — 134 Decar 80,02 Rr Feld (wovon ca. 130 Acker drainirt sind) und Biese zc. soll vom 1. April 1880 an auf zwölf Jahre an den Reichstenden anderweit verpachtet werden und beraumen wir hierzu einen Verpachtungstermin auf
Sonabend, den 6. September d. J., Vormittags 11 Uhr
im großen Saale der Alten Waage, Rathhausstraße Nr. 29, 2. Etage, an, welcher pünktlich zur angegebenen Stunde eröffnet und, sobald kein Gebot mehr erfolgt, geschlossen wird.
Die Verpachtungs- und Verpachtungsbedingungen, sowie eine Flurkarte und der Drainirungsplan liegen in unserer Colonie-Inspection im alten Johannisbospitale zur Einsichtnahme aus, wo auch sonst etwa gewünschte nähere Auskunft über das zu verpachtende Gut erteilt werden würde.
Leipzig, den 18. Juli 1879.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Erdnlin. Gerutti.

Das Centrum auf dem Kampfplatze.

Die ultramontane Partei ist auf dem Kampfplatze erschienen und hat mit einem „Aufrufe“ die Campagne für die Wahlen zum preussischen Landtage eröffnet. In diese Wahlproclamation des Vorstandes der Jesuitenfraktion tritt man im gegenwärtigen Augenblicke mit doppelt hochgespannter Erwartung heran. Hier muß sich zeigen, wie die ultramontane Parteileitung den in den letzten Monaten eingetretenen Umschwung der Dinge auswirkt, mit welchen Hoffnungen sie der neuen „Aera Puttkamer“ entgegengeht und was sie ihrerseits an positiven Leistungen verspricht. Man kann nicht sagen, daß die Erwartungen durch die von der „Germania“ veröffentlichte Rundgebung ganz getrübt würden; aber jedenfalls sieht dieselbe wesentlich anders aus, als man nach dem Siegesjubel am Schluß der Reichstagsession hätte vermuthen sollen. Seit- und kräftiger, als dieses Schriftstück, läßt sich ein Aufruf zur Wahlurne nicht denken. Weder entschlossene Kampfmuth noch vertrauensvolle Zuversicht spricht aus demselben. Man sieht es den Besessenen an, wie wenig sie mit ihrer dormaligen Lage zufrieden sind. Sie haben allerdings in dem „Zusammenbruch des modernen Liberalismus“ einen „Wendepunct zum Besseren“, aber sie müssen offen bekennen, daß ihre ultramontanen Forderungen auf Beseitigung der Reichsregierung zc. heute noch ebenso unerfüllt sind wie in den besten Tagen des „Kulturkampfes.“ Auch unterlassen sie, eine irgendwie bestimmte Forderung auszusprechen, daß die Erfüllung nahe sei. Allen Anzeichen nach hat die Parteileitung sich nicht, auf Grund eines bestimmten Abkommens zwischen Preußen und Rom in die Wahlbewegung einzutreten zu können. Die „Verhandlungen“ ziehen sich aber gar häufig in die Länge, und da man mit dem offiziellen Beginn der Wahlbewegung, Angesichts des Unfriedens im eigenen Lager, nicht länger säumen zu dürfen meinte, so begreift sich die Verlegenheit, in welcher der Aufruf abgefaßt wurde. Um sie einigermaßen zu verdecken, greift man auf die alten Schlagworte zurück vom „steigerverheißenden Kampfe für Wahrheit, Recht und Freiheit“ und wie sie sonst heißen; auch die Eigenschaft des Centrums als „Verfassungspartei“, wie sich die Herren selbst am liebsten in jener schönen Zeit nannten, da sie die Einführung des directen Wahlrechts in Preußen beantragten, wird wieder in Erinnerung gebracht. Bedeutung hat dies ganze Gerede ebensowenig, wie der Passus, welcher von der Entwicklung der Selbstverwaltung handelt. Wirklich interessant dagegen ist folgende Stelle: „Die im Reichstage erstrebte Umkehr zu einer besseren Wirtschaftspolitik hat unter Mitwirkung der Centrumpartei in treuem Festhalten an deren Programm begonnen. Aber sie kann nur Dauer und Verth haben, wenn ihre eine Finanzwirtschaft zur Seite steht, welche nach den von uns stets vertretenen Grundätzen mit weiser Sparsamkeit die Ausgaben beschränkt und dadurch die so sehr zu verpöndelte Erleichterung der direkten Steuern, die Entlastung der Kommunen herbeiführt.“ Die „Germania“ hebt diese Stelle durch den Druck hervor. Damit soll dieselbe allem Anscheine nach als der Schwerpunkt des ganzen Aufrufs bezeichnet sein. In der That, die „Erleichterung der Ausgaben“, „Erleichterung der direkten Steuern“, „Entlastung der Kommunen“ — wen sollen diese Perspective nicht berücken? Wer erhebt sich die Frage: Welche Ausgaben sind es denn, die das Centrum beschränken will? Es handelt sich um die Wahlen zum preussischen Ab-

geordneten Hause; da wird man doch annehmen müssen, daß der Aufruf verhängnisvolle Beschränkungen im Bereiche der preussischen Finanzwirtschaft im Auge hat. Sie aber näher zu bezeichnen, unterläßt der Vorstand der Centrumpartei. Es sollte ihm freilich auch schwer werden, nachdem das Centrum im Reichstage soeben erst die neuen Finanzpläne ausdrücklich mit der Motivierung bewilligt hat, daß dieselben für die Einzelstaaten, speziell für Preußen, zur Vermeidung eines Defizits im Staatshaushalt: schlechthin: unerlässlich seien. Wenn aber die Beschränkungen im Reichshaushalt gemacht werden sollen, was hat dann diese Angelegenheit mit den Wahlen zum preussischen Landtage zu schaffen. Außerdem weiß alle Welt, daß im Reichshaushalt an dem einzigen Punkte, an welchem gespart werden könnte, am Militäretat, jedenfalls nicht in dem Umfange möglich wäre, da dadurch eine Erleichterung der direkten Steuern u. s. w. sich bemerklich machen ließe. Der angeführte Satz hat also, was seinen praktischen Werth anlangt, nur den Zweck, den Wählern Sand in die Augen zu streuen. Zugleich aber zeigt er einen sehr bemerkenswerten Gegensatz in der Auffassung der Finanzreform zwischen dem Centrum und der Regierung. Diese, d. h. Kaiser Bismarck, will die Erleichterung der direkten Steuern erreichen durch Erleichterung der Ausgaben durch weitere indirekte Steuern, jenseit will sie erreichen durch Verminderung der Ausgaben. Die Möglichkeit einer wesentlichen Verminderung der Ausgaben wird von der Regierung mit größter Entschiedenheit in Abrede gestellt. Der Gegensatz ist also so vollständig wie nur denkbar. In der That, treffender als hierdurch sowie durch den in Rede stehenden Wahlausruf überhaupt läßt sich die Wandelbarkeit der Situation, die sich einer mit Hilfe des Centrums gebildeten Regierungsmajorität nähmen darf, nicht charakterisiren.

Wir lassen diesen Ausführungen einen Bericht unseres Berliner Correspondenten folgen, der sich zur Sache wie folgt äußert: „Der Aufruf der Centrumpartei, welchen soeben die „Germania“ veröffentlicht hat, ist recht geringschätzend liberalen Parteien die Gefahr nahe zu legen, mit welcher eine liberale, conservativ, d. h. mit einem Worte eine reactionäre Majorität unsere ganze verfassungsmäßige Entwicklung bedrohen würde. Es ist eine große Illusion, zu glauben, daß das Centrum in die frühere schroffe Opposition zurückkehren werde, wenn der Reichstanzler nicht bald den Frieden mit Rom und zwar einen der Cerie erwünschten Frieden zum Abschluß brächte. Die Herren Windthorst und Genossen wissen recht gut, daß ein solcher Friedensschluß weder im Willen, noch in der Macht des Fürsten Bismarck liegt, und wenn die „Germania“ immer wieder mit großen Worten die Aufhebung der Reichssteuererhöhung als das unerrückbare Ziel der Centrums-Opposition hinstellt, so ist ein solches Auftreten eben nur auf die ultramontanen Wähler berechnet, die denn doch durch die Finanzpolitik des Centrums im Reichstage etwas Aufrichtig geworden sind. Den Ultramontanen kommt es jetzt in erster Linie lediglich darauf an, die Kluft zwischen dem Kanzler und der liberalen Partei immer breiter und eine Umkehr immer weniger möglich zu machen. Die preussische und die deutsche Politik soll immer mehr in reactionäre Bahnen gedrängt werden, weil dann die Dunkelmänner um so eher Hoffnung haben, ihren alten Einfluß auf

die Staatsgewalt der Kirche wieder zu gewinnen. Deshalb wird auch vorzugsweise das Bündniß mit den preussischen evangelischen Orthodoxen gepflegt, die demnach nicht minder herrschsüchtig und culturfeindlich sind, wie die Anhänger der vaticanischen Kirche. In diesem Sinne ist der Satz des Aufrufs zu verstehen: „Die Umkehr von den Wegen des falschen Liberalismus muß auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens erfolgen.“ Dieser Satz ist am Sonntag in einer Versammlung von Centrumsmitgliedern von dem Abg. Bremer, dem „kleinen Scherlemeyer“, treffend dahin erläutert worden, daß die jetzige liberale Majorität im preussischen Abgeordnetenhaus im patriotischen Interesse (d. h. im Interesse des unfehlbaren Papstes und des Sullabus) geprengt werden müsse und daß deshalb die Centrumsleute in Berlin mit den Conservativen zusammenwachsen müßten. Die Liberalen sollten aus dieser Sprache die Lehre ziehen, daß sie nur durch hingebendste Einigkeit den verbündeten Conservativen und Reactionären die Spitze zu bieten im Stande sind.“

Politische Uebersicht.

Leipzig, 13. August.
Herr von Puttkamer, der neue preussische Cultusminister, hat die von ihm als kirchlichem Gebiete geplante Reaction mit einem geschickten Worte feierlich inaugurirt. Unser Berliner Correspondent schreibt uns darüber vom Dienstag: „Wenn der neue Cultusminister v. Puttkamer wirklich gestern bei der Einweihung eines pommerischen Gymnasiums die Worte gesprochen hat: „Ich sehe in politischer und religiöser Beziehung auf einem entgegengesetzten Boden wie mein Herr Amtsvorgänger“, so ist die totale Reaction auf dem Gebiete der Kirche und Schule von befehlender Stelle mit aller nur wünschenswerthen Deutlichkeit angekündigt. Freilich, wenn der Erfinder und Leiter der christlich-socialen Partei, Herr Hofprediger Stöcker, an die Spitze des Kirchenregiments zweier so ausgefallener und vorgekehrter Provinzen, wie Ost- und Westpreußen, berufen wird, dann ist eben Alles möglich. Diese Ernennung muß seit Monaten in der Luft geschwebt haben. Am 17. August v. J. wurde die Stelle eines General-Superintendenten durch den Tod des Dr. Moll erledigt — und es ist sehr wahrscheinlich, daß die Abneigung, dieselbe gegenzuzeichnen, Veranlassung zu dem Rücktritt Falk's gewesen ist. — Die Reactionäre fordern jetzt, wenn nicht totale Abschaffung des Reichs-Civilstandsgesetzes, so doch Bereinigung der staatlichen und kirchlichen Functionen bei der Eheschließung u. s. w. in der Weise, daß für alle Mitglieder der Kirche die staatlichen Functionen auf den Pastor übertragen werden. Dabei vergessen die Herren ganz und gar, daß in der ersten Vorlage, welche Minister Falk dem preussischen Landtage machte, ein Verbot, durch Geistliche die Eheschließungen vorzunehmen zu lassen, gar nicht vorhanden war, daß dieses Verbot vielmehr erst durch den hyperconfessionellen Herrn v. Kleist-Redow in das Gesetz gebracht ist.“ So weit unser Correspondent. Ein Berichtsfasser der „Allg. Ztg.“ schreibt seinem Blatte wie folgt: „Es scheint, daß die erste revidirte Thätigkeit des neuen Cultusministers der Prüfung der Lehrbücher an den verschiedenen Schulanstalten gewidmet ist. Dieser Gegenstand war ein Hauptziel der Ultramontanen, und es ist ganz in der Ordnung, daß Herr v. Puttkamer sich überzeugt, ob und in wie weit diese Klagen begründet waren, und mög-

licherweise gegebenen Falles Wandel schaffe. Daß er dies in einem die Ultramontanen befriedigenden Maße nicht wird thun können, läßt sich leicht vorhersehen. Denn um beispielsweise ein Buch in die Schulen einzuführen, welches die Reformation in einem Sinne behandelt, der das Gemüth der Centrumskatholiken nicht verletzen würde, hat auch Herr v. Puttkamer nicht genug evangelischer Selbstverleugung. Doch genau: dem Gegenstand ist zur Zeit allenthalben die Aufmerksamkeit des Cultusministeriums gewidmet. Aus Hannover meldet ein ultramontanes Blatt, daß Verbot für die Oberclassen der katholischen Schulen in Hannover, welches erst der Kurier dort Eingang gefunden hat, werde nach einer Verfassung des neuen Cultusministers v. Puttkamer in der jetzigen Form nicht mehr zur Verwendung kommen. Als Grund werde angegeben, daß Stellen darin enthalten wären, welche entweder der römisch-katholischen Lehre oder dem katholischen Glaubensbekenntnis widersprächen; die Behörde habe auf Grund würdiger Mittheilungen die weitere Verbreitung untersagt.“

Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“, welche die Gegner den in der oberen Regionem jeweilig herrschenden politischen Strömungen nichts weniger als glimpflich zu behandeln pflegt, hat sich neulich zum Abdruck eines unwilligen, der Redaction aus der „Provinz“ zugegangenen Angriffes gegen Bennigsen's Blatt nicht schenken lassen. Derselbe sieht das „freiwillig gubernementale“ Blatt sich genöthigt, einer Correspondenz Platz zu verschaffen, welche jene Verunglimpfung Bennigsen's zurückweist. Es heißt darin: „Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt in Nr. 226 eine Correspondenz aus der Provinz, welche den Rücktritt des Herrn v. Bennigsen in einer Weise bespricht, mit der sich die überwiegende Mehrheit der patriotisch gesinnten Wähler wohl kaum einverstanden erklären kann. Es wird Ihre Leser gewiß interessieren, als Erwiderung darauf auch mal eine andere Stimme aus der Provinz zu hören, welche, wie wir glauben, das allgemeine Urtheil richtiger wiedergibt.“

Wir sind mit dieser Unterschätzung der Bedeutung Bennigsen's nicht einverstanden, sondern haben für die Bedenken sowohl wie die Beugung desselben eine andere Würdigung, als der Einsender jener Correspondenz, und werden es für keinen Gewinn halten, wenn eine Kraft wie Bennigsen sich der Politik entzieht. Wir erblicken vielmehr in Herrn v. Bennigsen und in dem rechten Führer der national-liberalen Fraktion, namentlich mit Einschluß der ausgetretenen Mitglieder, die wahren und berechtigten Vertreter einer der größten Fraktionen des gesammten deutschen Volks, auf deren Mitwirkung in der Regierung und in der Gesetzgebung nicht verzichtet, und welche nicht in die Opposition gedrängt werden kann. Im Gegentheil, wenn die dem praktischen Leben angehörenden Mitglieder der früheren national-liberalen Fraktion sich von dem Schlepptau der Theoretiker, der Redner von Gewerbe und der Zeitungredactoren lösen, so werden sie dann einen nicht nur viel heilsameren, sondern auch härteren Einfluß auf die Entwicklung unserer Nation ausüben können. Wenn man sich bei Prüfung des Personalbestandes der früheren Fraktion die Mühe giebt, aus demselben diejenigen Namen auszuwählen, deren Träger in irgend welcher fruchtbarer Beziehung zum praktischen Leben stehen, so wird man eine Anzahl von Männern finden, und an ihrer Spitze Herrn v. Bennigsen, mit denen die weitere noch lebenden Politiker im Interesse der Gesamtheit die Fühlung nicht verlieren sollten. Auch wenn man diese Männer ausschließlich nach dem Maße ihres Conservatismus mißt, so dürfen wir behaupten, daß die Mehrzahl unter ihnen, wenn sie nicht mehr in dem Irroarten der Norddeutl. Allg. Ztg. Fraktionstaktik befangen sind, im besten Sinne des Wortes conservative Politiker sind, mehr als die